

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Sozialausschuss

60. Sitzung

am Donnerstag, dem 27. März 2003, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Andreas Beran (SPD)

Vorsitzender

Wolfgang Baasch (SPD)

Arno Jahner (SPD)

Siegfried Tenor-Alschausky (SPD)

Torsten Geerds (CDU)

Werner Kalinka (CDU)

Helga Kleiner (CDU)

Angelika Birk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Silke Hinrichsen (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Peter Eichstädt (SPD)

Thomas Stritzl (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

| Tagesordnung: | | Seite |
|----------------------|---|--------------|
| 1. | Anhörung | 4 |
| | Tag der Initiativen | |
| 2. | Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Maßregelvollzugsgesetzes (MVollzG) | 14 |
| | Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 15/1544 | |
| | hierzu: Umdrucke 15/2128, 15/2185, 15/2229, 15/2272, 15/2277, 15/2302, 15/2332, 15/2338, 15/2339, 15/2341, 15/2347, 15/2363, 15/2395, 15/2396, 15/2416, 15/2451 | |
| | (überwiesen am 20. Februar 2002 an den Innen- und Rechtsausschuss und den Sozialausschuss) | |

Der Vorsitzende, Abg. Beran, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Anhörung

Tag der Initiativen

- Rainer Dillenberg, Ludwig Krane, Stefan Petersen, Lebenshilfe Landesverband Schleswig-Holstein, Umdrucke 15/3107, 15/3208
- Annemarie Janssen, Gerhard Schültzke, KIBIS
- Horst Martin, Ostholsteiner Behindertenhilfe gGmbH, Umdruck 15/3081
- Frau Grunwald, Sandra Weiß, Lebenshilfewerk Kreis Plön gGmbH Integrativer Kindergarten Probstei
- Herr Schäfer, Initiative „Integration Behinderter“ Marienstift Garding, Umdruck 15/3151
- Silke Meyers, Gabriele Niebuhr, „mittendrin“ – selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderung, Umdrucke 15/3148, 15/3209
- Klaus Magesching, Brücke Rendsburg/Eckernförde e.V., Umdruck 15/3048
- Peter Mertineit, Verein Arbeit für Behinderte

Lebenshilfe Landesverband Schleswig-Holstein

Herr Dillenberg, Geschäftsführer des Landesverbandes, berichtet auf der Grundlage von Umdruck 15/3107 sowie der während der Sitzung verteilten Informationsschrift der Lebenshilfe, Umdruck 15/3208, von der Arbeit des Landesverbandes Schleswig-Holstein und benennt aktuelle Fragestellungen.

Ergänzend dazu weist Herr Dillinger darauf hin, dass unter den 5.500 Mitgliedern etwa 250 Menschen mit Behinderung seien. Die Mitwirkung der Menschen mit Behinderung an der Arbeit des Verbandes – auch an der Präsentation nach außen – werde verstärkt. Dabei sollen Menschen mit Behinderungen in die Arbeit einbezogen, jedoch nicht überfordert werden. Dies sei ein Prozess, der alle Beteiligten fordere.

Auf die Frage von Abg. Baasch nach dem Landesgleichstellungsgesetz erwidert Herr Dillinger, im Zusammenhang mit dem Landesgleichstellungsgesetz wären noch keine Probleme entstanden. Zur Frage der ebenfalls von Abg. Baasch angesprochenen Kürzung der Arbeitsverwaltung erläutert Herr Dillinger, hier entstünden Probleme, weil nunmehr jeder Arbeitsverwalter mit seinem Budget haushalten müsste. Menschen, um die sich der Landesverband kümmere, würden nunmehr aus dem Bereich der Arbeitsverwaltung herausfallen, da diese nicht auf dem ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln wären.

Auf eine weitere Frage von Abg. Baasch nach dem Aktivieren von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern antwortet Herr Krane, dass die Arbeit auch nicht betroffenen ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern offen stünde. Lediglich Angestellte aus den eigenen Reihen wären von einer Vorstandsmitarbeit ausgeschlossen.

Zur von Abg. Geerds aufgeworfenen Frage nach dem persönlichen Budget erklärt Herr Dillinger, dass die bestehende Arbeitsgruppe nach der anfänglichen Euphorie nunmehr eine kritische Betrachtungsweise entwickelt habe. Voraussetzungen für ein Modellprojekt seien mit Zahlen versehene Beschlussvorlagen der Stadt Kiel und des Kreises Segeberg sowie Gespräche auf politischer Eben.

KIBIS

Frau Janssen, Leiterin der Kontaktstelle für Selbsthilfe in Flensburg, erläutert den Begriff der Selbsthilfe und gibt einen Überblick über den Entstehungshintergrund und die vielfältigen Aufgaben von Selbsthilfeeinrichtungen. Die Arbeit der Selbsthilfegruppen stehe allgemein unter dem Motto, so viel wie nötig, jedoch so wenig wie möglich Hilfe zu geben.

Zur finanziellen Grundlage der Kontaktstellen erläutert Frau Janssen, dass in Schleswig-Holstein alle Kontaktstellen durch Landesmittel gefördert würden. Die Beteiligung der Kommunen an den Kosten sei sehr unterschiedlich, in der Regel jedoch gering. Seit Januar 2000 gelte, dass die Krankenkassen für jedes Mitglied einen Beitrag von 0,51 € für die Selbsthilfe bereitstellen sollten. Die Kontaktstellen in Schleswig-Holstein erhalten von den Krankenkassen deutlich mehr Geld als die Kontaktstellen anderer Bundesländer, was auf die gute Zusammenarbeit mit den Krankenkassen in Schleswig-Holstein zurückzuführen sei. Es sei eine Forderung der Selbsthilfeeinrichtungen, die Förderung gesetzlich zu verankern. Weiterhin beschreibt Frau Janssen die einzelnen Benutzergruppen.

Auf die Frage von Abg. Jahner nach dem Verfahren der Mittelanforderungen bei den Krankenkassen durch die einzelnen Selbsthilfegruppen problematisiert Frau Janssen den von den Krankenkassen erbetenen Jahresplan zur Mittelveranschlagung, denn Bedarfe der Selbsthilfegruppen ergäben sich häufig spontan. Das von den Krankenkassen vorgebrachte Argument, Gelder müssten lediglich beantragt werden, um zu fließen, stimme in der Praxis so nicht.

Abg. Birk verweist auf den von ihr mit ins Leben gerufenen Arbeitskreis zur Vermittlung zwischen Krankenkassen und Kontaktstellen. Insgesamt hätten sich daraufhin die Kassenzahlungen gesteigert.

In Erwiderung auf Abg. Baasch, der auf die zum Teil sehr hohe Fachkompetenz einzelner Selbsthilfegruppen hinweist, erläutert Frau Janssen, darüber hinaus sei die große Solidarität und gegenseitige Unterstützung der Selbsthilfegruppen untereinander bemerkenswert.

Herr Schültzke ergänzt die Ausführungen von Frau Janssen durch einen persönlichen Erfahrungsbericht als Mitglied einer Selbsthilfegruppe für Muskelkranke. Unter anderem sei zu beobachten, dass ausgewiesene Behindertenparkplätze von unberechtigt Parkenden besetzt würden. Zum SGB IX, dem Herr Schültzke grundsätzlich positiv gegenüber stehe, merkt er an, von den für Mittelvergaben zuständigen Stellen gesetzte Fristen würden aufgrund von Zuständigkeitsstreitigkeiten verstreichen. Auch sei zu beobachten, dass Anträge zunächst abgelehnt würden, woraufhin es der Initiative der Betroffenen überlassen bliebe, zeitaufwändige Widerspruchsverfahren zu durchlaufen.

Abg. Jahner regt an, Betroffene sollten sich an den Verwaltungsausschuss der Krankenkassen, den Eingabenausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages sowie an ihre örtlichen Abgeordneten wenden, um Missstände offen zu legen und um Abhilfe zu erreichen.

Ostholsteiner Behindertenhilfe gGmbH

Herr Martin bezieht sich in seinen Ausführungen auf die mit Umdruck 15/3081 vorliegenden Informationen zur Geschichte, zu den Arbeitsinhalten und zur Vernetzung der Ostholsteiner Behindertenhilfe. Heute arbeite die Ostholsteiner Behindertenhilfe mit zirka 500 Menschen mit Behinderungen. Dabei gehe es grundsätzlich darum, Menschen mit Behinderungen Hilfen für ein eigenständiges Leben zu geben.

Von Abg. Baasch auf seine Erfahrungen mit den Kürzungen der Mittel der Arbeitsverwaltung und somit zur Arbeitsintegration von schwerstbehinderten Menschen angesprochen, erläutert

Herr Martin, die Folgen seien noch nicht abschätzbar. Die Vorgaben der Bundesanstalt für Arbeit wären nicht eindeutig, was zu Problemen führe. Wenn das Arbeitsamt die Mittel für die Vermittlung von behinderten Menschen außerhalb der Werkstätten kürzte, könnte auch die Arbeit von Integra nicht fortgeführt werden. Das größte Problem sei jedoch der Arbeitsmarkt selbst, der Menschen mit Behinderungen dauerhaft kaum Arbeitsmöglichkeiten biete. Dabei seien die Probleme für Menschen mit Behinderungen, die aus den Werkstätten kommen, noch gravierender.

In Antwort auf eine Frage von Abg. Hinrichsen auf die Erfahrungen mit dem auf drei Jahre angelegten Programm des Arbeitsamtes, 50.000 Menschen mit Behinderungen Arbeit zu vermitteln, bemerkt Herr Martin, er hoffe, dass das Programm drei Jahre laufen werde. Insgesamt scheinen die Mittel jedoch nicht auszureichen.

Herr Martin macht deutlich, dass viele Projekte aus Integrationsgesichtspunkten höchst erfolgreich und wünschenswert wären, die betriebswirtschaftlichen Risiken allerdings zu Lasten der Träger gingen und den Projekten somit enge Grenzen setzten. Somit wäre zu überlegen, Mittel, die den Werkstätten zufließen, in Integrationsbetriebe umzuleiten, die dauerhafte Arbeitsplätze bieten könnten.

Bezug nehmend auf eine Nachfrage von Abg. Baasch führt Herr Martin aus, es gebe mittlerweile im Kreis Ostholstein eine große Anzahl von Trägern und damit verbunden ein vielfältiges Angebot. Der Schwerpunkt der Ostholsteiner Behindertenhilfe liege bei der Arbeit für Menschen mit geistigen Behinderungen und – im Arbeitsbereich – bei Menschen mit psychischen Behinderungen.

Zum Stichwort ambulantes betreutes Wohnen, das Abg. Hinrichsen mit der Bitte um Erläuterung gibt, erklärt Herr Martin, die Verhandlungen mit dem Kreis Ostholstein über die Leistungsvereinbarungen seien noch nicht abgeschlossen. Bei der Art der Vergütungssätze finde ein Wechsel weg von einer Pauschale hin zu einer Fachleistungsstunde statt. Bei der Feststellung des Hilfebedarfs gebe es Defizite. Bei angemessener Begutachtung könnte die Fachleistungsstunde Vorteile bringen, allerdings sei zu befürchten, dass der Kostenfaktor dominieren werde.

Auf die Frage von Abg. Tenor Alschausky nach anklingenden Problemen mit der Psychatriumgruppe erläutert Herr Martin, die Psychatriumgruppe sei im Kreis Ostholstein nunmehr in vielen Bereichen tätig, in denen bisher andere Träger tätig gewesen wären. Die so entstehende Konkurrenzsituation sei insofern problematisch, als das Land Schleswig-Holstein Gewährträ-

ger der Psychatriumgruppe sei. Hinzu käme, dass neue Ideen, die dem Sozialministerium vorgetragen würden, gleichzeitig dem Konkurrenzunternehmen unterbreitet würden. Eine objektive Beaufsichtigung, wie das Land sie leisten sollte, sei nicht gewährleistet. Die Probleme seien auf die Struktur der Psychatriumgruppe, nicht aber auf die Zusammenarbeit mit ihr bezogen. Auf die Mitarbeit von Zivildienstleistenden werde weitgehend verzichtet, da in diesem Bereich ständig mit Kürzungen zu rechnen sei.

Auf die Frage von Abg. Kalinka, ob Maßnahmen der Arbeitsvermittlung aufgrund von Mittelknappheit nicht mehr stattfinden könnten, antwortet Herr Martin, dies könne er zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht beurteilen.

Abschließend macht Herr Martin darauf aufmerksam, dass es angesichts des zunehmenden Alters von Menschen mit Behinderungen einen dringenden Diskussions- und Handlungsbedarf gebe. Auch in Schleswig-Holstein fehle es bislang noch an Lösungen.

Lebenshilfswerk Kreis Plön gGmbH Integrativer Kindergarten Probstei

Frau Grunwald berichtet, aktuell betreue diese Einrichtung 760 Personen. Dabei umfasse das Angebot die Frühförderung von behinderten Kindern von der Geburt bis zum Ende des Kindergartenalters. Der integrative Kindergarten werde an verschiedenen Standorten betrieben, wobei 50 Kinder mit Behinderungen und 30 so genannte Regelkinder betreut würden. Zur Zeit werde in Preetz ein neues Gebäude erbaut.

Ferner seien zur Zeit etwa 350 Plätze in den Werkstätten für psychisch (etwa 70) und geistig behinderte Menschen (etwa 280) besetzt. Darüber hinaus gebe es zentrale Wohnheime und Außenwohngruppen.

In Planung befinde sich der Bau einer Tagesförderstätte für Menschen mit schwersten Behinderungen, die nicht in Werkstätten arbeiten könnten. Frau Grunwald problematisiert in diesem Zusammenhang, dass bei dieser Tagesförderstätte die Voraussetzung gelte, dass die Betroffenen bei den Eltern wohnen müssten, die jedoch selber immer älter würden. Hier müsste eine Wohnmöglichkeit für diesen Personenkreis geschaffen werden. Das Problem der Doppelfinanzierung von Wohnheimplatz und Tagesbetreuung sei zu lösen.

Abg. Baasch versichert, man wolle versuchen, das Problem der Doppelfinanzierung zu einer dienlichen Lösung zu führen.

Auf den Hinweis von Abg. Hinrichsen auf schwedische Modelle, die keine Wohnstätten zuließen, die für mehr als fünf Menschen mit Behinderungen geplant seien, erwidert Frau Grunwald, eine entsprechende Umsetzung dieser Modelle wäre sehr wünschenswert, jedoch gebe es finanzielle Probleme. Personen, die eine auch Nachtdienste umschließende Betreuung bräuchten, in kleinen Wohnheimen zu beherbergen, würde bedeuten, den Personalschlüssel von 1 : 3,75 für jedes kleine Wohnheim zu erfüllen.

Frau Sandra Weiß vom Werkstattrat der Preetzer Werkstätten betont, es sei den Betroffenen sehr wichtig, die Werkstatt zu erhalten und Wohnheimraum - auch für ältere Menschen - zur Verfügung zu haben. Die Wartelisten seien sehr lang. Der Werkstattrat sei die Interessenvertretung der Beschäftigten der Werkstätten. In Preetz werden 248 Beschäftigte von fünf Mitgliedern des Werkstattrates vertreten.

Auf eine Frage von Abg. Kalinka nach der vom Land zugesagten Finanzierung von neuen Projekten berichtet Frau Grunwald, die Verhandlungen im Kindergartenbereich seien langwieriger gewesen als die im Wohnheimbereich. Grundsätzlich seien jedoch relativ schnell einvernehmliche Lösungen erarbeitet worden.

In Erwiderung auf einen Einwurf von Abg. Baasch ergänzt Frau Grunwald, dass zwischen Betriebs- und Werkstattrat gemäß Werkstättenmitwirkungsverordnung regelmäßige Absprachen stattfänden.

(Unterbrechung: 13:00 bis 14:00 Uhr)

Initiative „Integration Behinderter“ Marienstift Garding

Herr Klaus-Peter Schäfer, seit sieben Jahren Leiter des Marienstifts Garding, erklärt, das Marienstift sei eine Einrichtung für schwerst mehrfachbehinderte Menschen.

In seiner Einführung beschreibt Herr Schäfer anschaulich einen erfreulichen Restaurantbesuch mit einer Gruppe der schwerst mehrfachbehinderten Bewohner des Marienstifts und betont die Wichtigkeit des Kontakts zwischen den Behinderten und den so genannten normalen Menschen auch außerhalb der Wohneinrichtung.

Anschließend berichtet er auf der Grundlage der Informationen, die dem Ausschuss mit Umdruck 15/3151 vorliegen, von den Besonderheiten, den Zielen und der alltäglichen Arbeit die-

ser Einrichtung. Dabei bemerkt er, dass die komplexe Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von einem christlichen humanitären Leitbild geprägt sei.

Im Marienstift werde sehr viel Wert auf kulturellen Austausch und die Teilnahme an örtlichen Festen und Veranstaltungen sowie auf die Organisation eigener Feste und Ausflüge gelegt, die alle einen freudvollen Rahmen für Begegnungen mit der Öffentlichkeit und Abwechslung für die Behinderten bieten.

Abschließend problematisiert Herr Schäfer das oftmals mangelnde Verständnis für die besondere Situation der behinderten Menschen, das sich in Verhandlungen mit Krankenkassen und Behörden zeige. Ständig wechselnde Sachbearbeiter bräuchten ständig neue Berichte, Nachweise und viel Zeit, um Anträge zu bearbeiten. Auch schaffen die hohen gesetzlichen Hygieneauflagen Hürden, die nicht mit einem natürlichen Wohnumfeld übereinstimmen würden.

Von Abg. Kleiner auf eine eventuell bestehende Warteliste und den Einzugsbereich angesprochen, antwortet Herr Schäfer, die im Marienstift lebenden behinderten Menschen hätten dort ihr Zuhause und würden bis an ihr Lebensende dort bleiben. Der Einzugsbereich erstreckte sich auf das Gebiet Eiderstedt, Nordfriesland. Man habe weitere Anfragen, jedoch werde eine Expansion nicht angestrebt, um weiterhin persönliche Bezüge pflegen zu können.

Auf die Frage von Abg. Hinrichsen nach dem Personalschlüssel erläutert Herr Schäfer, dieser sei von der jeweiligen Pflegestufe der Bewohner abhängig. Im pädagogischen Bereich sei für vier Bewohner eine Fachkraft vorhanden.

„mittendrin“ – selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderungen

Frau Gabriele Niebuhr, Geschäftsführerin des Vereins „mittendrin“, schildert anschaulich das in der Lübecker Altstadt liegende Wohnprojekt Aegidienhof, das unter anderem den Verein „mittendrin“ beherbergt, und erläutert die Gebäude, die zentrale Lage, die Geschichte des Gebäudekomplexes und die Bewohnerstruktur, Umdruck 15/3209.

Frau Silke Meyers stellt die im Aegidienhof gelegene Wohneinheit des Vereins „mittendrin“ vor, die vier jungen Menschen mit Behinderungen eine Wohngelegenheit bietet, Umdruck 15/3148. Ziel sei es, jugendlichen Menschen und jungen Erwachsenen mit geistigen oder körperlichen Behinderungen nach Möglichkeit ein selbstständiges und eigenverantwortliches Leben zu ermöglichen, beziehungsweise sie in ihrer Selbstständigkeit zu unterstützen.

Die Sicherstellung der Finanzierung der Wohneinheit sei durch verschiedenen Fördermittel und Darlehen möglich gewesen, weil Eltern zinslose Darlehen als Eigenmittel zur Verfügung gestellt, Privatpersonen zum Teil beträchtliche Summen gespendet hätten und viele Eigenleistungen vollbracht worden seien. Die Einbettung in das bundesweit einmalige Projekt Aegidienhof habe dabei manche Tür geöffnet.

Mit jedem der vier jungen Mieter sei ein Mietvertrag abgeschlossen worden. Die Bewohner arbeiten tagsüber in der Werkstätte. Die Gesamthöhe ihrer Einkünfte entspreche der Höhe der Sozialhilfe. Nach zwei Jahren sei nunmehr festzustellen, dass das Projekt – trotz anfänglicher Vorbehalte - in jeder Beziehung geglückt sei.

Zur Frage der Wohnassistenz erläutert Frau Meyers, diese bestehe aus der pflegerischen und der sozialpädagogischen Assistenz, da alle vier Bewohner bei der Durchführung und dem Erlernen alltäglicher Dinge Unterstützung bräuchten, denn alle Bewohner seien der Pflegestufe zwei zugeordnet. Die Motivation der Bewohner sei hoch, ihre Selbstständigkeit und damit auch ihre Freiheit zu erhöhen. Die Assistenzkräfte seien ebenfalls junge Leute, um den Wohngemeinschaftscharakter nicht zu beeinträchtigen.

Ziele der Assistenz seien Hilfe zur Selbsthilfe, Stärkung des Selbstbewusstseins und Begleitung bei der Identitätsfindung. Dabei hätten die Bewohner und Bewohnerinnen jedoch eher die Funktion von Auftraggebern, denn sie hätten ein Recht auf diese Eingliederungshilfen.

Für die Zukunft wünschen sich die beiden Vortragenden, dass Menschen mit Behinderungen ein uneingeschränktes Recht haben, selbst zu entscheiden, wo sie wohnen und mit wem sie zusammen wohnen. Die funktionelle Unterstützung sollte sich mehr an dem individuellen Hilfebedarf orientieren, auch wenn dies in manchen Fällen eine Betreuung rund um die Uhr bedeuten würde. Ferner wäre wünschenswert, dass sich die Bürokratie vereinfache.

Auf die Frage von Abg. Tenor-Alschausky nach der Realisierbarkeit des Anspruchs, Menschen mit Behinderungen nicht zu bevormunden, antwortet Frau Niebuhr, die Bewohner der Wohngemeinschaft seien in der Formulierung ihrer Wünsche und Forderungen durchaus direkt. Die Auswahl der Assistenzkräfte erfolge auf Initiative des Vereins.

Die Brücke Rendsburg-Eckernförde e. V.

Klaus Magesching, Geschäftsführer der Brücke, stellt den Verein vor, Umdruck 15/3048. Anhand einer Power Point Präsentation erläutert er ferner Profil, Zweck und Ziele des Vereins

die Brücke. Die Präsentation „20 Jahre Brücke Rendsburg-Eckernförde ist im PDF-Format anzusehen.

Ziel des Vereins sei es, die Lebensbedingungen von psychisch kranken Menschen zu verbessern, Angehörige zu unterstützen und die Bürger über psychische Erkrankungen zu informieren.

Im Anschluss an die Präsentation zeigt Herr Magesching einen Film über eine Veranstaltung am 20. Januar 2003 in Rendsburg unter dem Motto „nicht über uns ohne uns“, in dem Betroffene öffentlich und sehr anschaulich ihre Bedürfnisse und Ängste äußern.

Auf eine Frage von Abg. Baasch zur Krisenintervention antwortet Herr Magesching, die akute Phase der Krise sei entscheidend, weil in dieser Situation am meisten Hilfe möglich wäre. Eine ideale Lösung sei das Atriumhaus in München, das einen perfekten stationären Krisendienst biete. Der Krisendienst der Brücke biete an, im Notfall auch zu den Betroffenen zu fahren.

In Antwort auf Fragen von Abg. Jahner erläutert Herr Magesching, das Netzwerk der Brücke beschäftige insgesamt über 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Der Bedarf im Kreis Rendsburg-Eckernförde würde durch die ambulanten Angebote relativ gut abgedeckt.

Verein Arbeit für Behinderte

Peter Mertineit stellt die Geschichte des 1992 gegründeten Vereins Arbeit für Behinderte anschaulich dar. Ziel des Vereins sei es, Behinderten zu helfen. Heute habe der Verein 184 Mitglieder. Seine Aktivitäten finanziere er durch Beiträge, Spenden und Zinserträge.

Seit seiner Gründung habe der Verein rund 100.000 € an einzelne Menschen mit Behinderungen ausgezahlt. Der Verein lege Wert darauf, unabhängig von staatlicher Förderung und Einflussnahme zu sein und verzichte daher auf staatliche Zuschüsse.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Maßregelvollzugsgesetzes
(MVollzG)**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 15/1544

hierzu: Umdrucke 15/2128, 15/2185, 15/2229, 15/2272, 15/2277, 15/2302,
15/2332, 15/2338, 15/2339, 15/2341, 15/2347, 15/2363,
15/2395, 15/2396, 15/2416, 15/2451, 15/3177

(überwiesen am 20. Februar 2002 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und
den Sozialausschuss)

Der Ausschuss schließt sich mit den Stimmen von SPD und CDU bei Enthaltung der Fraktion der FDP dem Votum des federführenden Innen- und Rechtsausschusses an, dem Landtag die Annahme des Gesetzentwurfs in geänderter Fassung zu empfehlen.

Der Vorsitzende, Abg. Beran, schließt die Sitzung um 17:05 Uhr.

gez. Beran

Vorsitzender

gez. Klimkeit

Protokollführerin

Die Anlage ist im PDF-Format einzusehen